

KARL-HEINZ GRASSER



## Kamingespräch

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mir eine ganz besondere Freude, auch dieses Jahr wieder an der mittlerweile 32. Volkswirtschaftlichen Tagung der Notenbank teilzunehmen. Ich habe es mir immer zur Angewohnheit gemacht, wenn man so freundlich und zuvorkommend bei der Notenbank eingeladen ist, nicht über Zinspolitik zu sprechen. Wenn wir darüber reden, dann meistens in einem sehr, sehr kleinen Kreis und da gibt es auch nur dann und wann Unterschiede, wenn Finanzminister Zinspolitik anders einschätzen als Notenbank-Gouverneure. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dankbar für die Themenwahl der heurigen Tagung, denn der Lissabon-Prozess, die Lissabon-Agenda, ist sicher einer der Kernpunkte und gleichzeitig auch eines der Kernprobleme, die sich uns in Europa zurzeit stellen. Ich hatte heute Mittag Gelegenheit, mit Gouverneur Liebscher und Kommissar Monti eine sehr interessante Diskussion zu führen, und ich glaube, das Anliegen ist, dass Europa genau bei diesen Themenstellungen des Lissabon-Prozesses Antworten geben können muss.

Wenn ich bei Wachstum und Stabilität mit dem Ersteren beginnen darf, um bei einem positiven Thema

zu beginnen, dann muss ich sagen: Ich bin optimistischer, was das Wachstum betrifft. Bei allen vergangenen internationalen Tagungen, wo wir gemeinsam mit Gouverneur Liebscher und anderen Notenbankvertretern teilnahmen, etwa in Washington beim Internationalen Währungsfonds oder vor kurzem bei der Asiatischen Entwicklungsbank in Südkorea, hatte ich die Möglichkeit, mit den meisten asiatischen Finanzministern zu diskutieren. Das Feed-



back in den USA war eines, das ich von Allan Greenspan in dieser Form bis jetzt nicht gehört habe. Er hat in einer kurzen, prägnanten, natürlich hervorragenden Rede dreimal gemeint, er habe die amerikanische Wirtschaft in den letzten Jahren selten so robust erlebt, wie das jetzt der Fall sei: 5% Wachstum im ersten Quartal und seiner Einschätzung nach auch 5% im nächsten Quartal. Wenn man dann Asien als die zweite große Zone sieht – und ich glaube man kann dort davon ausgehen, dass China ein „soft landing“ irgendwo in der Größenordnung von 7%, 8% doch schaffen wird – wenn man sieht, dass einige Volkswirtschaften, ob das Thailand, ob das Taiwan ist, auf einem Wachstumspfad in der Größenordnung von 7% gehen, dass Länder wie Malaysia und Südkorea irgendwo bei 5% bis 6% stehen, dass sich auch Indonesien, das Probleme hatte, stabilisiert und irgendwo bei 4,5%, 5% steht, und, was be-

sonders erfreulich ist – immer mehr Hardfacts zeigen das auch – dass man Japan eine Entwicklung zutraut, die so in der Größenordnung von 2,5%, 3% reales Wachstum sein könnte, dann sind dies wirklich sehr positive Nachrichten, die zeigen, dass der Aufschwung begonnen hat.

Der Aufschwung hat eine Schattenseite, weswegen ich Europa ein bisschen ausgelassen habe – wir sind sicherlich der schwächste Raum im Vergleich zu diesen anderen beiden. Das Glück ist, dass wir die Erweiterung haben. Ich bin zutiefst überzeugt, dass in den nächsten Jahren die Erweiterungsländer der Wachstumsmotor der Europäischen Union sein werden. Aber man muss doch sagen, mit diesem Aufschwung in den USA und mit diesem Aufschwung in Asien ist es, denke ich, sehr klar, dass man mit einer gewissen Verzögerung auch in Europa zu höheren Wachstumsraten kommen wird, und ich bin zuversichtlich, dass man Ende des Jahres, so im vierten Quartal, eine Größenordnung von 2% schaffen kann, dass man im nächsten Jahr irgendwo bei 2,5% in der bisherigen EU-15 möglich machen kann.

Auch wenn man dann im Jahr der Erweiterung sieht, was wir in Europa, selbst wenn wir mit dem Wachstum nicht zufrieden sind, bereits geschafft haben, muss man dennoch kritisch reflektieren und fragen: Wo haben wir Handlungsbedarf? Was ist uns noch nicht gelungen? Allerdings ertappen wir uns oft, dass wir in der Gegenwart dessen leben, was wir nicht erreicht haben, weil es uns besonders bewusst ist, aber auf der anderen Seite all das nicht primär im Blick haben, was uns gelungen ist. In diesem Zusammenhang sollten wir fünf,

zehn Jahre zurückschauen und uns überlegen, was alles verändert wurde; wenn wir an die Pensionsysteme, an die Arbeitsmärkte, an die verschiedenen Liberalisierungsschritte denken, vor allem aber wenn wir – um die großen Konzeptionen zu erwähnen – den Binnenmarkt, der zwar noch immer nicht vollendet ist, wo wir aber riesige Fortschritte gemacht haben, und wenn wir beispielsweise die Währungsunion sehen. Wer von uns hätte vor zehn Jahren gedacht, dass es gelingen wird, eine D-Mark, einen französischen Franc usw. abzuschaffen, eine gemeinsame Währungsunion zu beschließen und eben dann auch noch die Erweiterung durchzuführen. Also, Binnenmarkt, Währungsunion und Erweiterung – das sind schon sehr historische Schritte in der Europäischen Union, die auch Voraussetzung für mehr Wachstum geschaffen haben. Ich denke, dass gerade die Erweiterung in diesem symbolischen Jahr 2004 auch so etwas wie eine ganz bewusste Antwort Europas auf die Herausforderungen der Globalisierung darstellt und dass es gerade aus österreichischer Sicht enorme Chancen gibt. Chancen, die unsere Wirtschaft in den letzten zehn, vierzehn Jahren schon durch eine sehr starke Integration in diesen Ländern zu nützen verstanden hat. Wenn Sie an unsere Banken, Versicherungen, aber auch an den Industriebereich denken, dann hat hier genau diese Integration stattgefunden, was auch die Foreign Direct Investments österreichischer Unternehmen zeigen: in Slowenien Nummer eins, was die Marktanteile bei den FDI's betrifft, in der Slowakei Nummer drei, in Ungarn Nummer drei, in der Tschechischen Republik Nummer drei.

Für eine kleine offene Volkswirtschaft ist das ein unglaublicher Erfolgsweg, der sich für Österreich auch deshalb auszahlt, weil wir an diesen höheren Wachstumsraten der Erweiterungsländer teilhaben können, vor allem, wenn man auf der einen Seite diese offene Politik zu seinen Nachbarn im Sinne einer Wiedervereinigung Europas sieht und auf der anderen Seite sieht, dass Österreich im Gegensatz zu vielen anderen Ländern seine Hausaufgaben gemacht hat, dass wir eine ganze Reihe von Strukturreformen in den letzten Jahren bewegt haben, ob das eine Pensionsreform im Jahr 2000 und im Jahr 2003 ist, eine Pensionsharmonisierung der verschiedenen Systeme, die noch heuer erfolgen wird, ob das eine Universitätsreform ist oder ob das Schwerpunkte im Bereich Forschung und Entwicklung, Bildung, Infrastruktur, gerade auch mit Blickrichtung auf die Erweiterung, sind, ob das Fragen einer – gerade beschlossenen – Steuerreform sind, die man auch vor dem Hintergrund der Erweiterung zu sehen hat.

Die österreichische Bundesregierung hat gesagt, dass wir einen Weg gehen, der nicht passiv ist, der nicht reaktiv zuwartet, welche Konsequenzen aus der Erweiterung und damit auch aus einem verschärften Wettbewerb entstehen können, sondern dass wir die zukünftige Entwicklung aktiv in die Hand nehmen und versuchen, diesen Weg im Sinne einer größeren Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, etwa in der Unternehmensbesteuerung, zu gestalten. Gouverneur Liebscher hat heute Mittag gesagt, er wüsste nicht, wo Österreich wäre, wenn die Erweiterungsländer nicht auch entsprechend Druck gemacht hätten.

Wenn die Unternehmensgewinne in der Slowakei mit 19%, in Slowenien mit 20%, in Polen mit 19% und in Ungarn mit 16% besteuert werden, dann ist das ein Druck, dann ist das Wettbewerb. Und Wettbewerb bringe die besten Lösungen, hat schon die österreichische Schule der Nationalökonomie gesagt, der wir in dieser Überzeugung mit unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik verbunden sind.

Daher war es für Österreich klar, die Unternehmensbesteuerung von 34% auf 25% reduzieren zu müssen. Und wenn man die nominelle Rate von 25% – effektiv um 22% – betrachtet, wenn man das um die Forschungs- und Entwicklungsanreize, die in Österreich sowohl direkt monetär als auch über das Steuersystem europaweit am attraktivsten sind, ergänzt, wenn man sieht, dass wir im Bereich der Gruppenbesteuerung eine Gewinn- und Verlustverrechnung ermöglichen, die definitiv die attraktivste in Europa ist, mit dem Anreiz, Headquarters nach Österreich zu bekommen, um unsere Nachbarmärkte von Österreich aus zu bearbeiten, dann ist das eine Strategie, die verbunden mit Dingen wie 25-prozentiger, flacher Kapitalertragsteuer endbesteuert, die verbunden mit einem attraktiven Stiftungsrecht, verbunden mit der Lebensqualität, mit der Sicherheit dieses Landes den Wirtschafts- und Arbeitsstandort enorm attraktiv macht. Und wenn solche Reformen gelingen, dann ist das gut für das Wachstum, dann ist das gut für die Investitionsanreize und dann ist das gut für die Stimmung, für das Vertrauen in einem Land. Österreich befindet sich auf diesem guten Weg, der gleichzeitig auch der fiskalpolitischen Stabilität, die Gouverneur

Liebscher angesprochen hat und die natürlich weiterhin unsere Zielsetzung bleibt, folgt, selbst wenn wir temporär im Jahr 2005 – nachdem es seit 30 Jahren im Jahr 2001 erstmals einen Überschuss in Österreich und im Jahr 2002 einen in etwa ausgeglichenen Haushalt gegeben hat, stehen wir jetzt rund um die 1%, 1,3% Defizit – ein Budgetdefizit in einer Bandbreite von 1,5% bis 2% haben werden, das danach wieder zurückgehen wird, weil wir strukturelle Reformen durchführen. Mit den Zielsetzungen, die wir seit dem Jahr 2000 verfolgen, nämlich erstens nachhaltigem Absenken der Abgabenquote, zweitens einem ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus und drittens dem Erreichen eines höheren Wachstumspfad im Sinne der Lissabon-Agenda, verfolgen wir eine Politik, die gerade in einem internationalen Umfeld, in dem die Fiskalpolitik eines der Probleme in einem Europa mit Budgetdefiziten von über 3% in sechs Ländern ist, eine herzeigbare Bilanz aufweist. Und deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, dass sich Österreich die Chance, die die Erweiterung bietet, nicht entgehen lässt, und auch in der Lage sein wird, diese Chancen tatsächlich umzusetzen – und dass wir uns das mit dieser Erweiterung verbundene Positivum erarbeiten können. Denn ohne Anstrengung wird es nicht gehen.

Als Selbstverständlichkeit treten die Vorteile nicht ein, aber mit dieser Integration auf der einen Seite, mit modernen Rahmenbedingungen auf der anderen Seite, denke ich, sind wir auf einem guten Weg, der uns stolz auf das Erreichte in Europa machen kann, der uns aber umgekehrt auch die Probleme erkennen lassen muss, die wir in Europa

haben. Ich sehe hier vor allem drei große Probleme: Das ist zum Ersten der Stabilitäts- und Wachstumspakt, also unsere Fiskalpolitik, das ist zum Zweiten die Lissabon-Agenda, und das ist zum Dritten aus meiner Sicht auch die Europäische Verfassung im Sinne eines Entscheidungsprozesses, im Sinne einer Handlungsfähigkeit Europas. Wenn ich den Stabilitäts- und Wachstumspakt angesprochen habe, dann bin ich der Überzeugung, dass dieser Pakt seine Glaubwürdigkeit verloren hat, weil er so gelebt wurde, dass manche Länder gesagt haben, er binde alle anderen, nur nicht sie selbst. Und daher kann man jetzt als Finanzminister in Europa entweder sagen, der Pakt sei nach wie vor wichtig und gültig, oder man sieht der Realität ins Auge und sagt, wir müssen hier einen neuen Zugang finden, eine neue Finanzpolitik zustande bringen und die Erweiterung auch dazu nützen. Denn natürlich sind 25 Mitgliedsländer, gerade auch aus Sicht der Fiskalpolitik, mit der Ausgangsposition, die sie jetzt mitbringen, ein anderer Rahmen und eine andere Situation. Ich bin überzeugt, dass wir in einer solchen neuen Finanzpolitik – daher mit einem neuen Stabilitätspakt – zumindest den ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus erreichen müssen. Denn ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass der Pakt kurzfristig nicht besonders wichtig ist. Aber die mittel- und langfristige Bedeutung dieses Pakts liegt in Wirklichkeit in der nachhaltigen Finanzierbarkeit unserer Sozial- und Pensionssysteme. Daher muss, wer hier im Interesse einer Generationengerechtigkeit regieren will, in die Richtung einer neuen Finanzpolitik gehen und versuchen, Defizite zu senken –

auch jene Länder, deren Defizit über 3% liegt.

Dann wird der geeignete Zeitpunkt gekommen sein, über neue fiskalpolitische Spielregeln in Europa zu diskutieren und zu einer fiskalpolitischen Solidarität zu kommen. Dieses Ziel wird nur dann gelingen und glaubwürdig sein, wenn alle mitmachen. Glaubwürdig nur dann, wenn diese Spielregeln, die sich alle gegeben haben, für alle in gleicher Form und Weise gültig sind. Daher



handelt es sich um neue Spielregeln. Sie sollen von allen gelebt und eingehalten werden, und gerade in diesem Zusammenhang stellen sich viele interessante Fragen: Wie soll dieser Pakt ausgestaltet sein? Wenn man an eine Neudefinition herangeht, dann hinterfragt man in aller Regel die Schwächen des bestehenden Instruments. Und eine der Schwächen ist meines Erachtens, dass es keine automatische Sanktion gibt, sondern dass man Länder dazu einlädt, über sich selbst zu beschließen. Selbst wenn sie jetzt bei einem Beschluss über sich selbst, also etwa Österreich bei einem Beschluss über Österreich, nicht mitmachen können, aber doch einzelne Finanzminister über ihre Kollegen entscheiden müssen, dann ist das kein besonderer Garant. Wenn sechs Länder mit ihrem Defizit über 3% liegen, ist es unwahrscheinlich, dass man hier dann besonders klare und richtige Entscheidungen bekommt,

was gerade in Europa bewiesen wurde. Was kann man daher besser machen? Man kann einen Automatismus auf der einen Seite installieren und auf der anderen einen Diskussionsprozess darüber – Stärkung der Rolle der Kommission – beginnen.

Man führt den Diskussionsprozess weiter: Was ist die geeignete Sanktion? Denn offensichtlich gibt es eine gewisse Reserviertheit bei Ländern, die schon Rekorddefizite machen, dann auch noch monetär



Strafe an die Union zu zahlen. Daher soll man darüber nachdenken, welche anderen Sanktionen es geben könnte. Beispiel: Man diskutiert über das Stimmrecht, und diesen Vorschlag habe ich auch hier in die Diskussion gebracht. Man überlegt, was bedeutet es für ein Land, wenn man es dann eben befristet nicht mitstimmen kann? An welchen Abstimmungen soll man nicht mehr teilnehmen können? Wie Sie wissen, ist es z. B. zurzeit möglich, dass ein betroffenes Land über ein Early Warning, also über den Artikel 99 des Vertrags, sogar selbst mit abstimmen kann, was nicht sinnvoll ist. Deswegen sieht z. B. die neue Verfassung auch vor, dass der betroffene Mitgliedstaat weder im Frühwarn- noch im Excessive Deficit-Verfahren mitstimmen kann. Das kann so weit gehen, dass man sagt, solange dieses Land die Spielregeln verletzt, ist es eben von wesentlichen europäischen Entscheidungen

ausgenommen. Und sobald man sieht, dass die richtigen Entscheidungen getroffen wurden und Verbesserungen eintreten, kann dieses Land wieder dabei sein. Das ist eine Idee von vielen möglichen. Sie können auch überlegen, ob Globaldarlehen, die von internationalen Finanzinstitutionen, wie der Europäischen Investitionsbank, an Länder vergeben werden, eingeschränkt werden, oder ob man sagt, Rückflüsse, die aus der Union in die Länder kommen, werden in irgendeiner Form eingeschränkt, z. B. –10%, –20% bei Rückflüssen. Oder Sie können auch darüber nachdenken, was mir auch sehr sympathisch wäre, dass man ein Positivprinzip verankert, dass also die Besseren belohnt werden. Wenn man schon über eine Ausdehnung des europäischen Budgets nachdenkt: Sollte es nicht einen Topf geben, aus dem die Besten für ihre gute Performance belohnt werden können, also dafür, dass sie Best Practice in Europa entwickeln? Sie bekommen z. B. für Forschung und Entwicklung gesonderte Mittel. Also, ich glaube, es gibt hier eine riesige Bandbreite der Diskussion.

Der Stabilitätspakt, meine Damen und Herren, ist der eine Punkt, aber Lissabon ist für mich eigentlich der Punkt, von dem man sagen müsste, das sei der Wachstumspakt. Denn bis jetzt hat es zwar Stabilitäts- und Wachstumspakt geheißen, aber der Wachstumsteil war ja nicht wirklich vorhanden. Historisch beleuchtet war der Stabilitätspakt die Idee von Theo Weigel und Dominique Strauss-Kahn. Sie meinten, man solle auch Wachstumspakt dazu sagen. Aber er wurde nicht wirklich mit Leben erfüllt. Aus meiner Sicht wäre die Lissabon-Agenda eigentlich der Wachstumsteil zu diesem Stabili-

tätspakt. Und daher halte ich es für wichtig und notwendig, dass man diese beiden Prozesse auch zusammenführen könne, dass man sich auf diese beiden Aufgaben fokussiere, denn gerade die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Schweden – ich nehme es auch ein bisschen für Österreich in Anspruch – haben bewiesen, dass man konsolidieren, gleichzeitig aber auch ein höheres Wachstum erreichen kann. Es wird die Frage sein, wie uns das in Europa gelingt. Ich meine aber, dass auf der einen Seite gerade in der Europäischen Union, die sich für den Wettbewerb der Systeme entschieden hat, zentralistische Vorgaben vermieden werden müssen. Auf der anderen Seite wird dieses System aber nur dann funktionieren, wenn wir eine koordinierte Vorgangsweise im Sinne eines Best Practice-Modells umsetzen können. Was ist bisher im Zusammenhang mit den Strukturreformen, die Sie heute den ganzen Tag diskutierten haben, geschehen? Seit mehr als vier Jahren diskutieren wir sie als Finanzminister. Ich hatte die Möglichkeit, bei diesen Diskussionen dabei zu sein. Es ist einiges passiert, aber es ist noch viel mehr zu tun.

Wenn man vergleicht und analysiert, fragt man sich, warum die USA hier in einer aus meiner Sicht deutlich besseren Situation sind? Warum schaffen sie es, den Wachstums-Gap zu vergrößern, und warum schaffte es Europa nicht, ihn zu reduzieren? Es ist auch eine Frage der Flexibilität von Arbeitsmärkten, eine Frage der Anpassungsfähigkeit, der Adaptabilität auf diesen Märkten, und dann hat es vielleicht auch mit einem dramatischeren Freiheitsgrad der Wirtschaft in den USA und mit anderen Voraussetzungen für die

Wirtschaft in den asiatischen Ländern zu tun. Für Europa stellen sich folgende Fragen: Haben wir auf der einen Seite die Zuversicht in unsere eigene Stärke und schaffen wir es, einfach den Unternehmen einen größeren Freiheitsgrad zu geben? In diesem Europa steckt sicher die Kraft – das ist überhaupt keine Frage –, aber das Wachstum dürfen wir nicht mit Geboten, Verboten und Regulierungen ersticken, sondern wir müssen es schaffen, hier die unternehmerische Freiheit und Flexibilität einfach stärker in den Vordergrund zu rücken. Wir müssen den Kerngedanken Europas, den Wettbewerb leben. Dann werden wir entsprechendes Wachstum und entsprechend positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Und nun ist es an uns, meine Damen und Herren, es zu tun. Wir reden seit vier Jahren davon und setzen uns immer bei unseren Frühjahrgipfeln mit den Staats- und Regierungschefs und mit den anderen Finanzministern zusammen. Wir beschließen ehrgeizige Ziele, aber das einzig Entscheidende ist, was unterm Strich dabei herauskommt. Und daher ist es die Aufgabe, ganz konkrete Ziele und Zeitpunkte zu formulieren. Bis wann wollen wir welche Schritte erreicht und umgesetzt haben? Wenn es uns dann noch gelingt, den dritten Punkt, die Europäische Verfassung, konstruktiv und positiv gemeinsam zu entscheiden, und wenn es uns gelingt, unsere europäischen Institutionen fit für das 21. Jahrhundert zu machen, dann haben wir glänzende Voraussetzungen für ein wettbewerbsfähiges und wachstumsstarkes Europa, wobei genau diese Handlungsfähigkeit, diese Entscheidungsfähigkeit Europas für mich einer der sehr re-



levanten Punkte ist. Denn wenn man sieht, dass die Union nach wie vor eher für sechs Mitgliedsländer in ihrem Institutionsgefüge gebaut ist und wir nunmehr 25 sind, kann man sich vorstellen, wie lange 25 Finanzminister brauchen, um einmal eine Position auf den Tisch zu legen und zu formulieren. Bedenkt man überdies, wie lange es dann noch dauert, bis sie eine Meinung auf Basis der Einstimmigkeit haben, kann man sehr schnell erkennen, dass ein



solches System nicht wirklich entscheidungs- und handlungsfähig ist. Daher halte ich den Beitritt unserer zehn Nachbarländer, unserer zehn Freunde, auch für eine enorme Chance, was eine Reform Europas, der bisherigen Europäischen Union betrifft. Es gibt nichts Besseres als diese Union – sowohl vom Friedensaspekt als auch von der wirtschaftlichen Idee und der wirtschaftlichen Integration aus betrachtet. Aber wir müssen einfach mit einem offenen und einem kritischen Auge sehen, dass die Erweiterung auch eine Chance für eine tief greifende Reform dieser Europäischen Union im Sinne eines dramatisch größeren Freiheitsgrades der Zusammenarbeit darstellt, im Sinne einer tatsächlichen Konzentration auf die Schwerpunkte. Wenn wir uns überlegen, warum in den allermeisten Ländern unserer Union jetzt kurz vor den Europawahlen die Begeisterung, tatsächlich zu den Wahlen zu gehen

und mitzugestalten, nicht wirklich vorhanden ist, dann ist es eben eine Frage der Identität mit diesem Europa. Und diese Identität wird man dann erreichen, wenn man wirkliche Schwerpunkte, die uns einen und die europäische Agenda sind, auf europäischer Ebene behandelt, aber alles Andere gerade im Sinne des Wettbewerbs der Systeme auf nationalstaatlicher Ebene belässt.

Und wenn wir diese drei Herausforderungen angehen, dann kann es uns auch gelingen, meine Damen und Herren. Ich möchte das wirklich in einer sehr positiven Konnotation sagen, denn wir haben so viel erreicht mit dem Binnenmarkt, mit der Währungsunion, mit der Erweiterung, d. h., ich bin wirklich zuversichtlich, dass es uns auch gelingen kann. Aber wir müssen eine neue Fiskalpolitik machen, wir müssen fragen: Wie gelingt uns Wachstumspolitik im Sinne der Lissabon-Agenda? Denn 2010 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt zu sein ist ein richtiges, ein sehr ehrgeiziges Ziel – jedoch zurzeit ein nicht besonders realistisches Ziel. Daher lassen Sie uns die Arbeitsmarktreformen angehen, lassen Sie uns von einer Politik Abschied nehmen, die meint, mit Gesetzen könne man Arbeitsplätze schaffen. Das ist nicht mehr möglich, meine Damen und Herren. Wir befinden uns in einer globalisierten Welt, die der Gestaltung bedarf, damit die Vorteile der Globalisierung, wie Horst Köhler vor kurzem gesagt hat, auch den ärmeren Ländern und Schichten zugute kommt. Wenn wir diese drei Themen angehen, dann bin ich zuversichtlich, dass die Bevölkerung auch dieses Vertrauen wieder finden und gewinnen wird. Wir müssen

uns schon überlegen, warum Europa in den letzten Jahren nicht zu höherem Wachstum gefunden hat? Und warum ist es nicht Europa, wo der Wachstumsmotor angestartet werden konnte und wir die Welt positiv beeinflussen können? Ich meine, wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die Bevölkerung eben sagt, „wir legen es lieber auf die Seite und wir sind ein bisschen unsicher, weil wir nicht wissen, wie es mit der Entwicklung weitergeht“.

Und da ist es Aufgabe der Politik zu sagen, wir geben Vertrauen. Wir geben Sicherheit. Wir geben der Bevölkerung Zuversicht und zeigen, es gibt Regierungen, die auch europäische Führungsverantwortung erkennen. Gerade in einem Europa der 25 würde man sich doch wünschen, dass es – wir haben es diskutiert mit dem ungarischen Botschafter – europäische Größen wie einen Helmut Kohl oder sein Pendant auf französischer Seite gibt, die eine europäische Vision zeichnen und die die Kraft dahinter aufbringen, eine deutsche Wiedervereinigung, eine europäische Wiedervereinigung oder eben eine Währungsunion tatsächlich zu ermöglichen.

Gerade eine Union der 25 braucht zwei, drei Länder, die vorangehen; zwei, drei Länder, die die Innovation und die Kreativität auch in diesem Europa mit uns allen möglich machen, ohne dabei die anderen Kollegen und Mitgliedsländer in irgendeiner Weise zu dominieren. Ich glaube, das ist das Kunststück, das wir von Europa brauchen, das wir alle gemeinsam auch ermöglichen können und das Europa einfach unglaubliche Chancen gibt. Wir haben schon enorm viel erreicht, wir gehen in einen Aufschwung hinein und müssen in diesem Aufschwung jetzt die Fehler der Vergangenheit vermeiden. Wir müssen fiskalpolitisch konsolidieren, Überschüsse anstreben. Für Österreich, sage ich, haben wir zumindest 2008 wieder einen ausgeglichenen Haushalt, damit wir uns dann die nächsten Steuerreformen und Abgabensenkungen leisten können. Ich hoffe, dass auch jene, die jetzt ein Defizit von über 3% haben, diesen Weg glaubwürdig gehen können. Das gibt dann Vertrauen, Sicherheit, höheren Konsum, höhere Investitionen und auch einen entsprechenden Wachstumsweg für die Union. 